

Praxischeck zeigt: **Sozialstaat unter Druck**

**Teil I: Befragung von Praktiker*innen im Sozialbereich
zu Auswirkungen von Kürzungen auf vulnerable
Gruppen**

Hier können sie alle Analysen nachlesen:

www.volkshilfe.at/publikation/praxischeck-sozialbereich
www.caritas.at/armut-fakten



Hintergrund

Österreich sieht sich derzeit unter erheblichem budgetärem Konsolidierungsdruck. Vor dem Hintergrund eines steigenden Budgetdefizits und einem EU-Defizitverfahren gegen Österreich hat die Bundesregierung mit dem Doppelbudget 2025/2026 Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung eingeleitet. **Bereits jetzt wirken erste Kürzungen und Anpassungen – auch im Sozialbereich sowie bei verschiedenen monetären Transferleistungen.** Zusätzliche Einsparungen sind angekündigt oder werden diskutiert. Vor diesem Hintergrund haben Caritas Österreich und Volkshilfe Österreich eine **Befragung unter Praktiker*innen im Sozialbereich** durchgeführt, um Einschätzungen aus der sozialen Praxis zu aktuellen Entwicklungen im Sozialstaat zu erfassen.

Schon jetzt sind viele Sparmaßnahmen wirksam, die gerade jene am stärksten treffen, die ohnehin kaum über die Runden kommen: So entfällt etwa der Klimabonus, Familienleistungen werden nicht valorisiert, die Krankenversicherungsbeiträge steigen auch für Mindestpensionist*innen, Gebühren wurden erhöht und beim Zuverdienst zum Arbeitslosengeld wurden weitreichende Einschränkungen vorgenommen. Der Budgetdienst kommt in Berechnungen zu dem Schluss, dass die Budgetmaßnahmen Haushalte mit geringem Einkommen relativ betrachtet stärker belasten¹. Bei der Sozialhilfe – dem letzten Sicherheitsnetz in Österreich – erleben wir in den Bundesländern einen Wettlauf nach unten und eine angekündigte Bundesreform könnte ab dem kommenden Jahr weitere Verschlechterungen bringen. Parallel dazu stehen auch soziale Unterstützungsangebote zunehmend unter Spardruck. In verschiedenen Bereichen werden Fördermittel reduziert, Förderungen ausgesetzt oder Angebote eingeschränkt. **Diese Entwicklungen fallen in eine Phase, in der viele soziale Einrichtungen von steigenden Unterstützungsbedarfen berichten. Mit dem Doppelbudget 2027/28 stehen weitere Einsparungen im Raum.**

Mit dieser vorliegenden Befragung von Praktiker*innen im Sozialbereich widmen sich Caritas Österreich und Volkshilfe Österreich der sozialen Lage in Österreich und analysieren die Folgen von Einsparungen für armutsbetroffene Menschen. Im Mittelpunkt stehen Lebensrealitäten von Menschen mit Sozialhilfebezug und die Auswirkungen von Kürzungen im Sozialbereich auf die Lebenssituation besonders vulnerabler Personen in Österreich. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Situation von Kindern und Familien sowie auf die Übergänge von der Sozialhilfe in die Selbsterhaltungsfähigkeit gelegt.

Ziel der Befragung ist es, Praxiserfahrungen und Expertisen von Fachkräften systematisch zu erfassen und für die öffentliche sowie politische Debatte nutzbar zu machen.

Die Datenerhebung erfolgte österreichweit im Zeitraum 01.02.2026 – 03.03.2026. Insgesamt nahmen 590 bei Caritas und Volkshilfe beschäftigte Personen an der Online-Befragung teil. Die Teilnahme war anonym. Der größte Anteil der Rückmeldungen stammt aus Wien (31,9%), gefolgt von Niederösterreich (20,3%), Salzburg (12%) und Oberösterreich (11,4%). Hinsichtlich der beruflichen Funktionen zeigt sich ein breites fachliches Spektrum: Die größte Gruppe bilden Sozialarbeitende (33,2%), gefolgt von Betreuer*innen (15,6%) und Sozialberater*innen (11,9%). Weitere vertretene Professionen sind Sozialpädagog*innen, Jurist*innen oder Psycholog*innen. Besonders häufig waren die befragten Personen in den Bereichen der materiellen Grundsicherung bzw. Hilfe in Not (24,1%) sowie im Bereiche Asyl, Migration und Integration (16,9%) tätig. Darüber hinaus arbeiten die Befragten in Bereichen mit Schwerpunkten auf Kinder, Jugendliche und Familien (13,7%), im Bereich Menschen mit Behinderungen (13,1%) sowie Arbeitsmarktintegration (8,6%).

Der erste Teil der Befragung wird nun präsentiert. Er umfasst ausschließlich jene Befragungsergebnisse, die sich auf die Kürzungen im Sozialbereich beziehen. Weitere Publikationen zur umfassenden Datenerhebung mit Schwerpunktsetzung auf den Sozialhilfebezug folgen.

Ergebnisse

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Befragung unter 590 Praktiker*innen im Sozialbereich zeigen insgesamt, dass Kürzungen im Sozialbereich vielfach bereits bekannt sind und, dass damit einhergehend negative Auswirkungen auf Lebenslagen vulnerabler Gruppen, eine Verschärfung von Notlagen und Versorgungslücken erwartet werden, die wiederum zur Verlagerung von Bedarfen in andere Bereiche führen könnten.

Mehr als ein Drittel der Befragten (37,5 %) gibt an, bereits konkrete Informationen über geplante Kürzungen im eigenen Arbeitsbereich zu haben, weitere 42,4 % befürchten entsprechende Einschnitte. **Insgesamt gehen damit rund vier von fünf Befragten (79,9 %) davon aus, dass ihr Arbeitsfeld von Kürzungen betroffen ist oder betroffen sein wird.**

¹ Budgetdienst 2025: Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. Analyse. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf>

Aus Sicht der Praxis treffen diese Einsparungen vor allem Bevölkerungsgruppen mit einem ohnehin erhöhten Armutsrisiko in Österreich, was dem Ziel einer ausgewogenen Budgetkonsolidierung entgegensteht. Kinder, Jugendliche und Familien werden als besonders stark betroffen genannt (66,3 %), gefolgt von Menschen im Asylverfahren oder mit Schutzstatus (42,0 %).

Aus Sicht der befragten Praktiker*innen werden Kürzungen im Sozialbereich die Lebenslagen vieler Klient*innen spürbar verschlechtern.

Besonders häufig werden zunehmende gesundheitliche und psychische Belastungen (59,8 %), steigende Verschuldung (53,1 %), sowie ein wachsender Bedarf bei grundlegenden Lebensmitteln (52,2 %) erwartet. Zudem rechnet fast die Hälfte der Befragten mit einer Zunahme von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Diese Einschätzungen weisen darauf hin, dass sich bestehende Mehrfachbelastungen weiter verschärfen könnten bzw. neue Mehrfachbelastungen entstehen werden. Gleichzeitig zeigt sich, dass viele Betroffene bereits heute an der Grenze ihrer finanziellen und sozialen Belastbarkeit leben, sodass bereits kleinere Einschnitte erhebliche Folgen für ihre Lebenssituation (Wohnungs- und Obdachlosigkeit) haben können.

Nahezu alle Befragten (97,0 %) rechnen damit, dass durch Kürzungen mehr Menschen keine passende oder verfügbare Unterstützungsstelle finden werden. Zudem gehen 92,1 % davon aus, dass bereits erreichte Fortschritte von Klient*innen – etwa beim selbstständigen Wohnen, Integration oder anderen Aspekten zur Stabilisierung – wieder verloren gehen könnten. Eine große Mehrheit (86,4 %) erwartet daher eine Verlagerung von Unterstützungsbedarfen in andere Bereiche wie das Gesundheits- oder Bildungssystem.

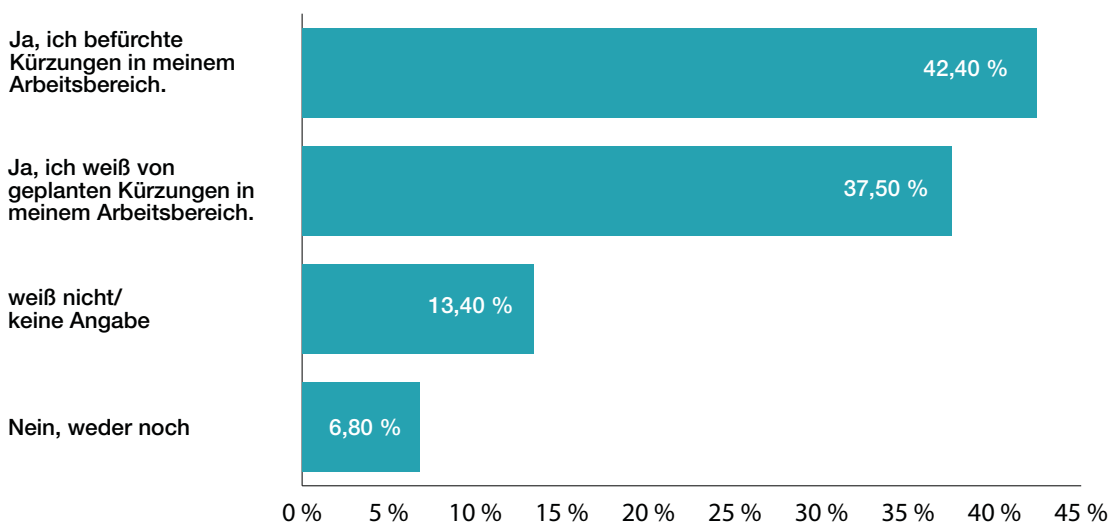
Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass Kürzungen im Sozialbereich nicht nur direkte Auswirkungen auf die aktuellen Lebenslagen von Betroffenen haben, sondern auch längerfristige Folgen für die Wirksamkeit sozialer Unterstützungssysteme und andere gesellschaftliche Bereiche nach sich ziehen können. Durch den Wegfall von bestehenden Unterstützungsangeboten wird ein Verschieben bestehender Problemlagen in Unterstützungssysteme wie in den Bildungs- oder den Gesundheitsbereich wahrscheinlich. Das würde bedeuten, dass sich – entgegen der eigentlichen Intention zu sparen – auch Kosten eher verschieben und potenziell erhöhen könnten.

Kürzungen und betroffene Gruppen

Mehr als ein Drittel der Befragten (37,5 %) gibt an, bereits konkrete Informationen über geplante Kürzungen im eigenen Arbeitsbereich zu haben. Weitere 42,4 % befürchten solche Einschnitte. Lediglich 6,8 % sehen derzeit weder geplante noch erwartete Einsparungen, während 13,4 % dies nicht einschätzen können bzw. geben keine Antwort auf diese Frage. Insgesamt gehen damit rund vier von fünf Befragten (79,9 %) davon aus, dass ihr Arbeitsbereich von Kürzungen betroffen ist oder betroffen sein könnte. Die Ergebnisse zeigen, dass Kürzungen im Sozialbereich aus Sicht der Praktiker*innen bereits spürbar sind oder zumindest in naher Zukunft erwartet werden. Die überwiegende Mehrheit der Befragten rechnet daher mit Einschränkungen bei bestehenden Angeboten oder Unterstützungsleistungen, was gravierende Folgen für Menschen in Notsituationen mit sich bringen könnte.

Kürzungen im Sozialbereich

n=590



Betrachtet man nur jene, die angeben, dass sie bereits von Kürzungen in ihrem Arbeitsbereich wissen, zeigt sich, dass dies verstärkt von Respondent*innen aus Oberösterreich, der Steiermark und Wien angegeben wird. Überdurchschnittlich oft berichten jene Befragten über bereits bekannte Kürzungen in ihrem Arbeitsfeld, die im Bereich Asyl und Integration tätig sind.

Bezogen auf die bereits umgesetzten Kürzungsmaßnahmen sowie der erwarteten Kürzungspläne, gehen Praktiker*innen davon aus, dass Kinder und Jugendliche bzw. Familien besonders stark betroffen sein könnten. Diese Gruppen nennen 66,3% der Befragten in diesem Zusammenhang. Auch Menschen im Asylverfahren oder mit Schutzstatus werden von einem großen Teil der Befragten als besonders gefährdet gesehen (42 %). Darüber hinaus verweisen jeweils rund ein Viertel der Befragten auf Menschen mit chronischen Erkrankungen (27,5 %) sowie Menschen mit Behinderungen (25,8 %). Weitere Gruppen, die von den Respondent*innen häufig genannt werden, sind erwerbslose Personen, Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf sowie ältere Menschen im Pensionsalter.

Insgesamt deutet dies darauf hin, dass aus Sicht der befragten Praktiker*innen viele Personengruppen von Auswirkungen der Kürzungen betroffen sind oder sein werden, die schon jetzt ein erhöhtes Armutsrisiko in Österreich aufweisen. Dies kann als Widerspruch zum Regierungsvorhaben einer sozial ausgewogenen Konsolidierung interpretiert werden. Kürzungen könnten – das legen die Antworten der Praktiker*innen nahe – bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärfen.

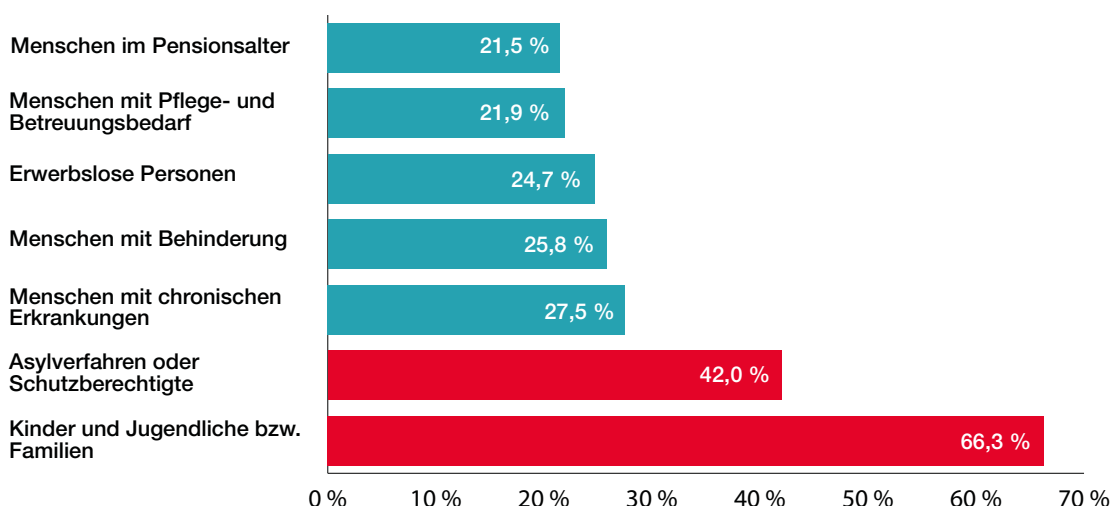
Besonders auffällig ist die häufige Nennung von Familien sowie von Menschen im Asylverfahren bzw. mit Schutzstatus.

Die hohe Betroffenheit von Familien könnte einerseits mit den hohen Kinderkosten zusammenhängen und damit, dass zahlreiche Unterstützungsangebote – etwa im Bereich Beratung, monetäre Unterstützung oder Teilhabeangebote – gekürzt werden, von denen Familien profitieren. Die starke Betroffenheit von Menschen mit Schutzstatus könnte einerseits damit zusammenhängen, dass Statusberechtigte vor Statuszuerkennung einen sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben und die Sozialhilfe und andere Unterstützungsleistungen benötigen, bis sie am Arbeitsmarkt Fuß-Fassen können. Zum anderen spielen hier auch die jüngsten politischen Entwicklungen eine Rolle: So erhalten in den meisten Bundesländern subsidiär Statusberechtigte inzwischen nur mehr Leistungen auf Höhe der Grundversorgung (maximal 425,- EUR für eine Einzelperson).

Leistungen in dieser Höhe decken keinesfalls die täglichen Bedarfe ab und liegen weit unter der Armutsgefährdungsschwelle und auch unter dem Existenzminimum. Genau vor dieser Herausforderung stehen auch Asylwerber*innen.

Besonders betroffene Personengruppen

n=590 (Mehrfachauswahl: 3 dringlichste, 7 häufigst genannte Gruppen dargestellt)



Folgen der Kürzungspolitik

Wenn durch Kürzungen Unterstützungsleistungen reduziert oder Angebote eingeschränkt werden, kann dies unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenslagen jener Menschen haben, die auf diese Unterstützung besonders angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund wurden soziale Praktiker*innen danach gefragt, welche Folgen Kürzungen aus ihrer Sicht für die Lebenssituation ihrer Klient*innen haben könnten und ob die Einschnitte im Sozialbereich auf durch bisherige Unterstützung erreichte Fortschritte, Stabilisierungen und Arbeitsmarktintegration Auswirkungen haben werden.

Verschärfung von Problemlagen

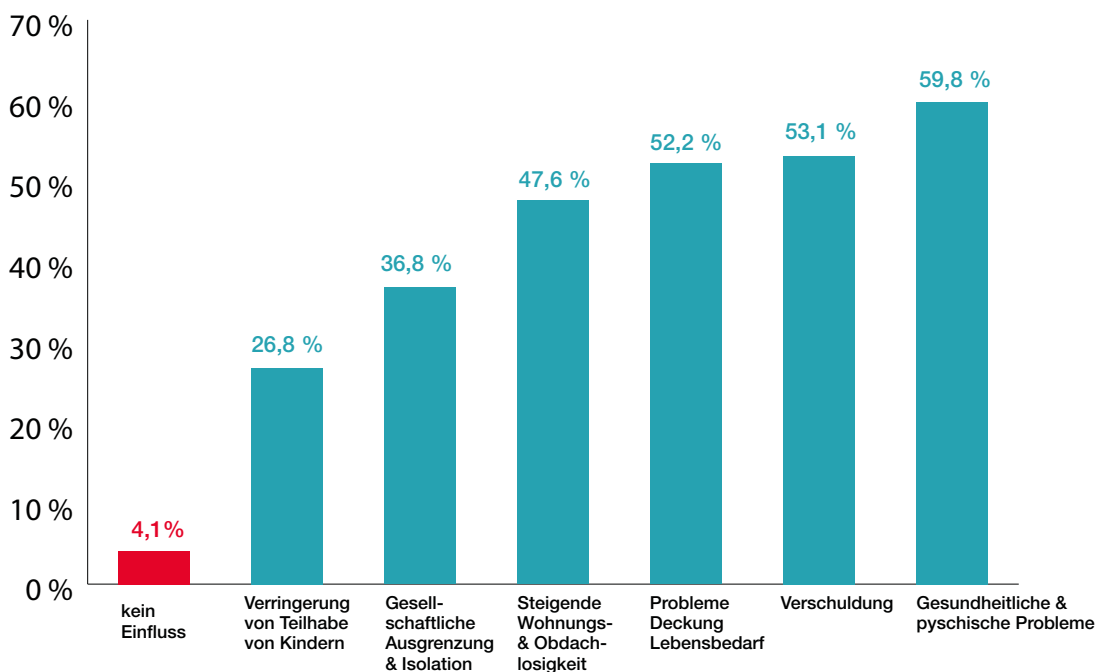
Die überwiegende Mehrheit der befragten Praktiker*innen im Sozialbereich erwartet eine Verschlechterung der Lebenslagen ihrer Klient*innen durch Kürzungen bei sozialen Transferleistungen oder Angeboten. Nur 4,1 % der Befragten geben an, dass Kürzungen keinen Einfluss auf die soziale Lage ihrer Klient*innen haben werden.

Gefragt nach den drei dringlichsten konkreten Problemlagen (Mehrfachauswahl), die sich als Konsequenz von Kürzungen verschärfen könnten, wurde die Zunahme gesundheitlicher und psychischer Probleme von Klient*innen am häufigsten genannt (59,8 %). Auch die Zunahme von Verschuldung (53,1 %) und zunehmende Probleme bei der Deckung des Lebensbedarfs, etwa bei Lebensmitteln (52,2 %), wurden je von knapp der Hälfte der Befragten als Auswirkungen von Kürzungen angegeben. Die Zunahme von Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch Kürzungen erwarten 47,6 %. Etwa ein Drittel rechnet mit zunehmender gesellschaftlicher Ausgrenzung und Isolation (36,8 %), während Einschränkungen der Teilhabe von Kindern innerhalb und außerhalb der Schule von 26,8 % genannt werden.

Angesichts dieser Einschätzung ist zu befürchten, dass sich bestehende Mehrfachbelastungen verstärken oder diese neu entstehen könnten. Eine befragte Person gibt zur Verstärkung von verschiedenen Problemlagen an: „Es treffen alle zu, diese bedingen sich auch“.

Problemlagen, die sich durch Kürzungen verschärfen

n=590 (Mehrfachauswahl: 3 dringlichste)



Hindernisse für gesellschaftliche Integration

Neben möglichen Verschlechterungen der aktuellen Lebenslagen wurde auch erhoben, welche Folgen Kürzungen im Sozialbereich für bereits erarbeitete Fortschritte von Klient*innen – etwa bei der Aufnahme einer Beschäftigung oder beim selbstständigen Wohnen – haben könnten. Die überwiegende Mehrheit, insgesamt 92,1 %, der Befragten gehen davon aus, dass durch Kürzungen im Sozialbereich solche Fortschritte zunichtegemacht werden könnten (62,0 % trifft zu, 30,1 % trifft eher zu). Nur insgesamt 4,9 % gehen eher nicht (3,4 %), oder gar nicht (1,5 %) davon aus, dass durch Kürzungen Fortschritte von Klient*innen zunichtegemacht werden.

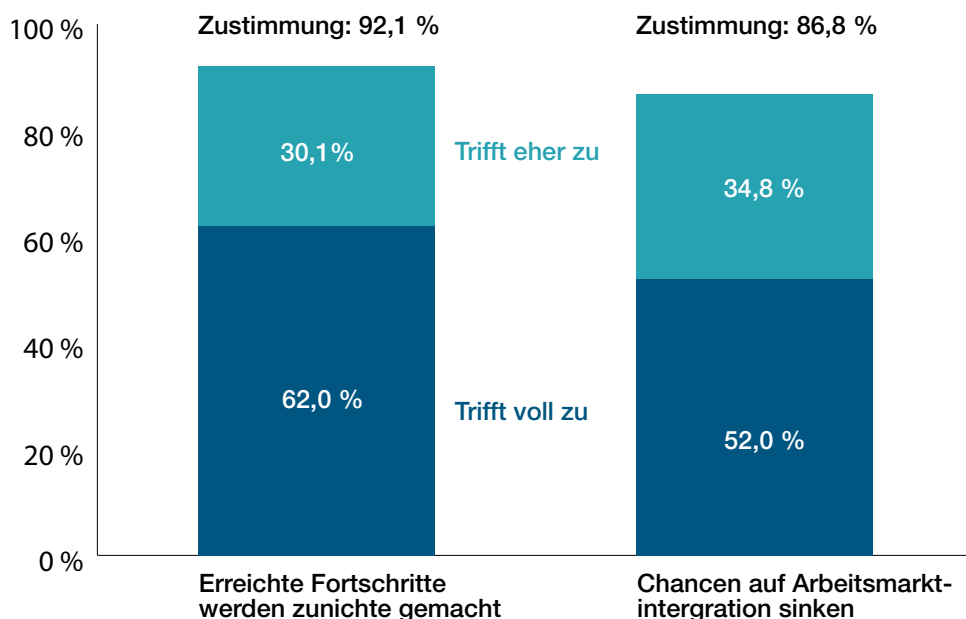
Die Stabilisierung, Integration und Selbstwirksamkeit von Klient*innen könnte durch Kürzungen also gefährdet werden. Eine befragte Person formuliert dazu: „Jahrelang aufbauende Arbeit wird mit den Kürzungen zunichte gemacht; Kürzungen führen von Selbstständigkeit zurück in die Abhängigkeit.“

Schließlich wurden die Praktiker*innen auch konkret danach gefragt, welche Auswirkungen Kürzungen auf die Arbeitsmarktchancen haben könnten. Der Großteil der Befragten (86,8 %) gibt an, dass Kürzungen die Chancen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, für Klient*innen verschlechtern würden (52,0 % trifft zu, 34,8 % trifft eher zu).

Aus Sicht der Praxis könnten Kürzungen also nicht nur aktuelle Problemlagen verschärfen, sondern auch erzielte Fortschritte zunichtemachen und längerfristige Perspektiven auf gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigung beeinträchtigen.

Risiken für erreichte Fortschritte und Arbeitsmarktintegration von Klient*innen als Folge von Kürzungen

n=471



Versorgungslücken und Problemverlagerungen

Kürzungen im Sozialbereich, wie die Kürzung von Fördermitteln und das Schließen von Standorten, können dazu führen, dass bestehende Unterstützungsangebote eingeschränkt werden oder wegfallen und dadurch auch Versorgungslücken entstehen. Vor diesem Hintergrund wurden soziale Praktiker*innen danach gefragt, ob sie aufgrund ihrer Praxiserfahrungen erwarten, dass künftig mehr Menschen in Not keine passende oder verfügbare Anlaufstelle finden werden. Die Einschätzung der befragten Praktiker*innen fällt nahezu einhellig aus: 97,0 % erwarten, dass durch Kürzungen im Sozialbereich mehr Menschen in Not keine passende oder verfügbare Anlaufstelle finden und unversorgt sein werden (72,2 % trifft zu, 24,8 % trifft eher zu). 1,5 % rechnen damit eher nicht und je unter ein 1 % geben an, dass dies nicht zutrifft (0,6 %) oder machen keine Angabe bzw. wissen es nicht (0,8 %).

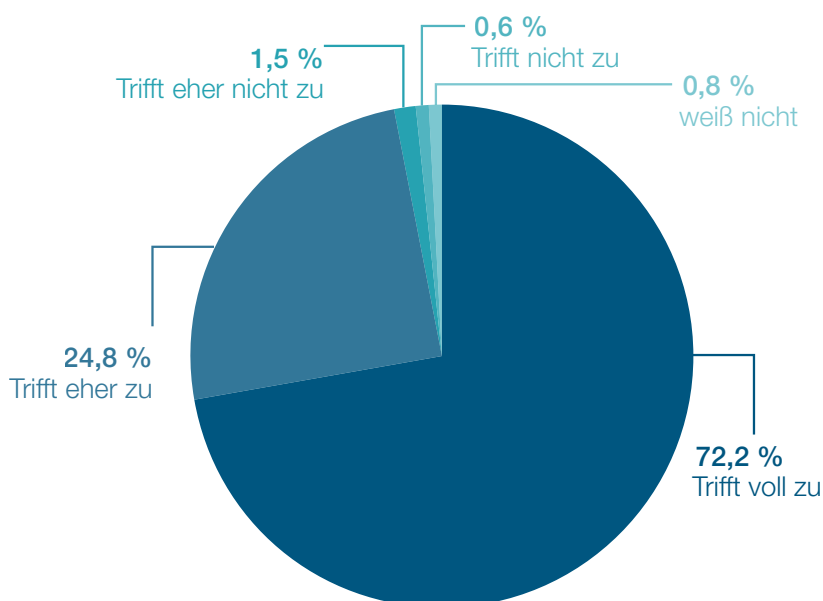
Wenn sich Lebenslagen verschlechtern und im Sozialbereich durch Kürzungen gleichzeitig weniger Unterstützungsangebot zur Verfügung steht, könnte auch das Risiko bestehen, dass sich die Anforderungen und Unterstützungsanfragen in andere gesellschaftliche Bereiche verschieben.

Die Praktiker*innen wurden deshalb auch danach gefragt, ob sie erwarten, dass sich Unterstützungsbedarfe ihrer Klient*innen infolge der Kürzungen stärker in andere Bereiche – etwa das Gesundheits- oder Bildungssystem – verlagern könnten. Insgesamt 86,4 % der Befragten gehen davon aus, dass Klient*innen in ihrem Arbeitsfeld infolge der Kürzungen vermehrt Unterstützung in anderen Bereichen in Anspruch nehmen werden (55,4 % trifft zu, 31,0 % trifft eher zu). Das deutet darauf hin, dass Einsparungen im Sozialbereich aus Sicht der Praxis zumindest teilweise zu einer Verlagerung von Unterstützungsbedarfen in andere Systeme führen könnten. Ein Beispiel dafür ist, dass sich Anforderungen an Schulen und Kindergärten erhöhen, die ohnehin bereits zeitlich enge Ressourcen für ihr Kernaufgaben haben. Eine befragte Person gibt dazu an: „Das Ergebnis wird sein, dass die Folgen der Kürzung früher oder später wieder auf die Gesellschaft zurückfallen werden.“

Wir gehen daher davon aus, dass Kürzungen im Sozialbereich nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf Betroffene haben, sondern auch längerfristige Folgen für die Belastung und Wirksamkeit sozialer Unterstützungssysteme und für andere gesellschaftliche Bereiche nach sich ziehen, auch wenn diese nicht unmittelbar von Kürzungen betroffen sind.

Durch Kürzungen wird es mehr Menschen in Not geben, die keine passende Anlaufstelle finden

n=471



Anhang: Stimmen aus der Praxis

– eine Auswahl offener Antworten

„Subsidiär Schutzberechtigte, die in der Wohnungslosenhilfe betreut wurden und jetzt a) kaum Einkommen haben dh. Verlust von Wohnraum, Verschuldung, Wohnungslosigkeit und es b), aber auch keine Einrichtung gibt, die über ausreichende Ressourcen verfügt, um die Personen zu unterstützen.“

„Ich finde es erschreckend, dass ausgerechnet bei Personengruppen gespart wird, die ohnehin belastet sind. Ich sehe nicht, dass die staatlichen Finanzen dadurch repariert werden können, befürchte jedoch schlimme Auswirkungen für die Betroffenen. Psychische Erkrankungen werden vermutlich zunehmen und sich manifestieren.“

„In meiner Arbeit in der Wiener Wohnungslosenhilfe sind ein großer Teil der Klient*innen bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)-Bezieher*innen bzw. Bezieher*innen einer Richtsatzergänzung. Fast ALLE betroffenen Personen bringen gravierende gesundheitliche Problemlagen mit, sei es körperliche (z.B. Krebserkrankungen) oder psychische (z.B. Depressionen). Wenn man noch weiter bei der ohnehin äußerst knapp bemessenen BMS spart, verschärft man die Situation von gesundheitlich belasteten und zum Teil schlichtweg (chronisch) schwer kranken Menschen noch weiter - und das kann und darf nicht Ziel eines Sozialstaates sein!“

„Aktuelle Kürzungen und Einsparungen werden sich in ein paar Jahren rächen und die Politik wird vor einer Situation stehen, die noch viel mehr kosten wird als aktuelle Ausgaben. Auf Prävention und einen vorausschauenden Blick wird scheinbar kein Wert gelegt.“

„Durch die Kürzungen werden vorhandene Problemlagen (psychische und körperliche Erkrankungen, geringe soziale Teilhabe/Isolation, Verschuldung, fehlendes soziales Netz) stark verschärft. Besonders auch für die Gruppe der jungen Erwachsenen mit psychosozialen Problemlagen bedeutet dies, dass eine gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeiten für eine Stabilisierung dermaßen erschwert werden, dass ein gelingendes Leben in vielen Fällen verunmöglicht wird. Dort wo gesellschaftliche/staatliche Unterstützung als Starthilfe notwendig ist, werden ohne eben dieser die Probleme chronifiziert.“

„Die Auswirkungen sind für die Betroffenen sowie für die Gesellschaft schädlich (Leid bzw. gesellschaftliche Mehrkosten). Und haben negative Konsequenzen für das ethische Klima und Miteinander sowie die gesamtgesellschaftliche Entwicklung.“

„Ich bin in einer abstinenzorientierten Wohngemeinschaft in der Suchthilfe tätig. Es wurde bereits in Aussicht gestellt, dass der Tagsatz für den Aufenthalt der Bewohner:innen ab 2027 gekürzt wird. Das heißt für uns, dass wir das Betreuungsangebot so nicht mehr anbieten können und unsere Anwesenheitszeiten und Angebote für die Bewohner:innen sinken werden. Wir befürchten, dass unser Angebot dann nicht mehr als so stabilisierend und unterstützend erlebt wird, wie es uns derzeit von unseren Bewohner:innen kommuniziert wird.“

„Menschen zu helfen wird durch die Kürzungen zunehmend schwieriger.“

„Jede gekürzte Stunde im Sozialbereich ist eine Chance weniger.“

„Durch die Kürzungen werden vorhandene Problemlagen (psychische und körperliche Erkrankungen, geringe soziale Teilhabe/Isolation, Verschuldung, fehlendes soziales Netz) stark verschärft.“

„Durch massive Kürzungen von Förderungen befürchte ich das immer weniger Menschen für den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.“

„Eine würdevolle Begleitung leidet an Kürzungen und kann nicht mehr sichergestellt werden!“

„Durch Kürzungen gehen weitere Jobs verloren und die Reintegration von Randgruppen in den Erwerbsmarkt scheitert großteils, weil nicht genügend Betreuungsangebote für alle Gesellschaftsschichten mehr vorhanden sind (Kinderbetreuung/ Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, uvm.)“

„Es wird vermehrt zu Delogierungen/Wohnungslosigkeit kommen. Die soziale Teilhabe von KlientInnen der Sozialen Arbeit wird vermehrt eingeschränkt und man merkt, dass sich psychische Belastungen bereits deutlich vermehrt und verschlimmert haben.“

„Für ProfessionistInnen wird es zunehmend schwieriger, Hilfe zu leisten. Einsparungen führen zudem bei SozialarbeiterInnen zu Überbelastung (zu viele KlientInnen pro Person) sowie zu existenziellen Ängsten (ständiger Druck, ob Projekte weiterhin von Kostenträgern finanziert werden).“

„Das Ergebnis wird sein, dass die Folgen der Kürzung früher oder später wieder auf die Gesellschaft zurückfallen werden, indem es mehr Kranke gibt aufgrund der fehlenden Beratung/Behandlung, steigender Kosten mehr Kriminalität aufgrund fehlender Leistung alltäglicher Dinge bzw. lebensnotwendiger Dinge wie Lebensmittel.“

Anhang 2: Die Fragen im Wortlaut

33 | Wenn Sie nun konkret an ihren Arbeitsbereich denken: Wissen Sie bereits, dass für 2026 und 2027 Kürzungen in Ihrem Arbeitsbereich kommen werden bzw. befürchten Sie dies? (z. B. geringere Förderungen, Einschränkung des Angebots, etc.)

- Ja, ich weiß schon von geplanten Kürzungen in meinem Arbeitsbereich
- Ja, ich befürchte Kürzungen in meinem Arbeitsbereich
- Nein, weder noch
- weiß nicht/keine Angabe

34 | Aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis gehe ich davon aus, dass es durch Kürzungen im Sozialbereich (z.B. Kürzung von Fördermitteln, Schließen von Standorten o.ä.) mehr Menschen in Not geben wird, die keine passende/verfügbare Anlaufstelle haben und unversorgt sind.

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht/keine Angabe

35 | Aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis gehe ich davon aus, dass durch die Kürzungen viele Fortschritte (selbständiges Wohnen, geringfügige Tätigkeit, etc.) bei Klient*innen zu Nichte gemacht werden.

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht/keine Angabe

36 | Aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis gehe ich davon aus, dass durch die Kürzungen Klient*innen vermehrt um Unterstützung in anderen Bereichen (z.B. Gesundheit, Bildung) ansuchen werden.

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht/keine Angabe

37 | Aufgrund meiner Erfahrungen in der Praxis gehe ich davon aus, dass durch die Kürzungen Klient*innen weniger Chancen haben werden, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

- trifft zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft nicht zu
- weiß nicht/keine Angabe

Nachfrage-Hinweis zur Studien-Umsetzung

Caritas Österreich

Karin Aistleitner

Fachreferentin Sozialpolitik I Armut

Karin.aistleitner@caritas-austria.at

Volkshilfe Österreich

Hanna Lichtenberger

Teamleitung Sozialpolitik und Forschung

hanna.lichtenberger@volkshilfe.at